

Glossar

Begriff	Definition
<i>Determinanten</i>	Faktoren, die miteinander interagieren und die Gesundheit von Individuen und Gemeinschaften beeinflussen. Diese Determinanten umfassen u. a. individuelle Eigenschaften (z. B. Wissen zu Hitzeschutzmaßnahmen), das soziale und wirtschaftliche Umfeld sowie die physische Umgebung (angepasst von WHO, o.D.).
<i>Hitzeplan (auch: Hitzeschutzplan, Hitzeaktionsplan)</i>	Die Begriffe Hitzeplan, Hitzeschutzplan und Hitzeaktionsplan werden häufig synonym verwendet. Sie dienen alle der kurz-, mittel- und/oder langfristigen Vorbereitung auf Hitzewellen, wobei Hitzeplan der allgemeinste Begriff für kommunale, landes- oder bundesweite Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit bei Hitzeereignissen ist. Der Begriff Hitzeaktionsplan beschreibt ein politisches Instrument auf kommunaler Ebene wohingegen der Begriff Hitzeschutzplan v.a. auf Bundesebene Verwendung findet (angepasst von BMG, 2023 & LZG NRW o.D.).
<i>Hitzeschutz</i>	Hitzeschutz umfasst alle Maßnahmen, die Menschen vor den Gesundheitsrisiken von extremer Hitze schützen. Ziel ist es, die Auswirkungen von Hitze auf die Gesundheit der Menschen zu minimieren (angepasst von RKI, 2023).
<i>Hitzewelle</i>	„Eine Hitzewelle ist eine mehrtägige Periode mit ungewöhnlich hoher thermischer Belastung. Eine Hitzewelle ist ein Extremereignis, welches die menschliche Gesundheit, die Ökosysteme und die Infrastruktur schädigen kann. In unseren Breiten treten Hitzewellen häufig im Zusammenhang mit andauernden sommerlichen Hochdrucklagen (Hochdruckgebiet) auf.“ (DWD, o.D.)
<i>Kommunale Zivilgesellschaft</i>	Kommunale Zivilgesellschaft beschreibt einen Bereich der Gesellschaft auf lokaler Ebene, der zwischen Staat, Wirtschaft und Privatsphäre angesiedelt ist. Die kommunale Zivilgesellschaft umfasst unter anderem Vereine, Bürgerinitiativen, Nachbarschaftsnetzwerke und soziale Bewegungen, die unabhängig von staatlichen und wirtschaftlichen Interessen agieren und nicht auf Profit ausgerichtet sind (angepasst von BMZ, o.D.).
<i>Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD)</i>	„Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) umfasst Einrichtungen der Gesundheitsverwaltung auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene.“ (BIÖG, o.D.) Dazu zählen auf Bundesebene u.a. das Bundesgesundheitsministerium, das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit, das Robert Koch-Institut und das Paul-Ehrlich-Institut. Auf Länderebene sind die Landesgesundheitsministerien und Landesämter bzw. Landesinstitute für Gesundheit und auf kommunaler Ebene die Gesundheitsämter zuständig (angepasst von BIÖG, o.D. & BMG, 2024).
<i>Risikopersonen</i>	Risikopersonen sind Menschen, die sich in belastenden Lebensräumen aufhalten und wenig Anpassungskapazität haben, oder die aufgrund von bestimmten Eigenschaften oder Gesundheitszuständen ein höheres Risiko als die Gesamtbevölkerung haben für hitzebedingte Krankheiten zu erkranken oder daran zu versterben (MSCL Team, 2025).

<i>Selbstwirksamkeit</i>	Selbstwirksamkeit beschreibt die Gewissheit einer Person darüber, dass sie die Anforderungen einer Situation aufgrund ihrer eigenen Kompetenzen bewältigen kann (angepasst von Barysch, 2016).
<i>Stakeholder</i>	Stakeholder sind Personen oder Gruppen, die am Verlauf und den Ergebnissen eines Projektes o.ä. Interesse haben, da sie von diesem betroffen sind. Sie werden von den Zielen des Projekts beeinflusst und können diese wiederum beeinflussen (angepasst von Roski, 2009).
<i>Subsidiaritätsprinzip</i>	Das Subsidiaritätsprinzip ist ein gesellschaftliches und politisches Ordnungsprinzip, das vorsieht, dass eine höhere staatliche oder gesellschaftliche Instanz erst dann unterstützend eingreifen und Aufgaben übernehmen darf, wenn die kleinere oder untergeordnete Einheit dazu selbst nicht mehr in der Lage ist. Das Ziel ist es, die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der kleineren Einheit zu stärken, bevor eine übergeordnete Instanz Hilfe anbietet (angepasst von bpb, o.D.)
<i>Verhaltensprävention</i>	Verhaltensprävention setzt am Verhalten von Individuen an. Das Ziel verhaltenspräventiver Maßnahmen kann z. B. sein, Menschen durch gesteigertes Wissen oder eine gesteigerte Selbstwirksamkeit zu Hitzeschutzverhalten zu befähigen und anzuregen. Es kann umgekehrt auch darin bestehen, Risikoverhalten bei Hitze zu reduzieren. Reine Verhaltensprävention wird häufig kritisiert, da sie soziale Ungleichheiten verstärken kann, denn vor allem bildungsnahe Gruppen sprechen auf verhaltenspräventive Maßnahmen an. Verhaltenspräventive Maßnahmen werden daher häufig mit verhältnispräventiven Maßnahmen verknüpft machen (angepasst von De Bock et al., 2017, Franzkowiak, 2022 & Rosenbrock & Michel, 2007).
<i>Verhältnisprävention</i>	Verhältnisprävention setzt an den Verhältnissen an, in denen Menschen leben. Der Fokus liegt nicht auf dem Verhalten von Individuen (s. Verhaltensprävention), sondern auf Bedingungen des Lebensumfeldes (z. B. schattenspendender Wohnbereich oder Parkanlagen) und Umweltfaktoren (z. B. Luft- und Trinkwasserqualität in der Umgebung), die einen Einfluss auf deren Gesundheit haben. Das Ziel verhältnispräventiver Maßnahmen kann z. B. darin bestehen, in Hitzeperioden mehr kühle Orte für die Bevölkerung zugänglich zu machen (angepasst De Bock et al., 2017 & Rosenbrock & Michel, 2007).
<i>Wärmeinseleffekt</i>	Der Wärmeinseleffekt wird durch die Differenz der Lufttemperatur zwischen wärmeren Städten und ihrem kühleren ländlichen Umland charakterisiert. Besonders während Hitzeperioden kann es zu großen Temperaturunterschieden kommen. Diese sind nachts deutlich höher als tagsüber, was zu einer erhöhten Anzahl von Tropennächten (= Nächte, in denen die niedrigste Lufttemperatur zwischen 18 und 6 Uhr nicht unter 20 °C fällt) in Städten im Vergleich zum Umland führt. U.a. führen wenige Grünflächen in Städten zu weniger kühlenden Effekten als in ländlichen Regionen (angepasst von DWD, o.D.).